

Dorn-Assenheimer Mauer in neuem Grün

Geht doch ! Seit 2007 trennt sie den Sportplatz vom Neubaugebiet "Südlich der Schwarzdornallee", Bürgermeister Bertin Bischofberger nannte sie einst einen Schandfleck: die Lärmschutzwand am nördlichen Ende der Rosenstraße.



Mauerspechte ?

Scharfzüngige Sticheleien wie die Dorn-Assenheimer „Mauer“ oder Urnengrab wegen des fächerartigen Aufbaus machen noch heute die Runde. Die Maßnahme war eine 2007 umgesetzte Auflage zur Erschließung des Baugebiets, die auch nach zweimaliger Bepflanzung keine Freunde fand. Entweder wucherte Gestrüpp oder die Pflanzen trockneten aus.

„Wir haben jedesmal 20 bis 40 Kubikmeter Wasser verbraucht und trotzdem hat's nicht funktioniert“, war aus dem Rathaus zu erfahren. Im Rahmen der Begrünung der Rosenstraße schlug der Bürgermeister nun vor, einen neuen Versuch mit Steinpflanzen zu wagen: Diese verbrauchen kein Wasser, sind pflegeleichter und ein kleiner optischer Hingucker. Also wurden beide Wandseiten mit verschiedenen Arten bestückt, die nun von Frühjahr bis Herbst in den unterschiedlichsten Schattierungen blühen. Eine wirklich gelungene Idee !

... und weiter geht's mit dem Kirchplatz:

Im Oktober soll es endlich losgehen mit der Neugestaltung des Kirchplatzes. Bereits 2009 hatten wir einen Bürgerbeteiligungsprozess ins Leben gerufen, der Lösungen für ein neues Outfit entwickelte. Zielsetzung: Der Platz soll befestigt und farbenfroh bepflanzt werden.



Quelle: E. Kallenbach

**WIR WÜNSCHEN ALLEN SCHÜLERINNEN
UND SCHÜLERN EINEN GUTEN START
INS NEUE SCHULJAHR UND IHNEN ALLEN
VIEL SPASS AUF DER KERB KOMMENDE WOCHE !**



Ihre
Dorn-Assenheimer

CDU

**WIR IN
DORN - ASSENHEIM**

CDU

➤ Nr. 103
August 2013



KITA-PLÄTZE ? KLAR DOCH ! CDU setzt Prioritäten: Mittagsbetreuung verdoppelt

Am kommenden Montag beginnt das neue Kita-Jahr. Für Dorn-Assenheim heißt dies: **Jedes Kind, das einen Platz benötigt, wird auch einen erhalten.** Selbstverständlich ist das nicht. Noch vor kurzem stellte sich die Betreuungssituation ganz anders da. Ende Mai hatte die Elternvertretung Alarm gefunkt und ein unzureichendes Angebot in der Nachmittagsbetreuung und bei den Essensplätzen kritisiert. Bei einer Betriebserlaubnis für 48 Kinder standen lediglich vierzehn Ganztagsplätze zur Verfügung. Die Nachfrage wurde jedoch mit rund 30 Plätzen ermittelt, Tendenz insbesondere durch die Erschließung des Neubaugebiets Rosenstraße steigend.

Zudem waren wir mit der Situation konfrontiert, dass das Bistum Mainz als Träger nicht Willens war, Gelder zur Behebung der Engpasssituation beizusteuern.

Die CDU handelte in kürzester Zeit: Lösungen formulieren, dafür werben, Prioritäten setzen und die Gelder bereitstellen.



Kita St. Elisabeth: Gegen 7 Uhr ist es hier überschaubar, die Probleme lagen in der Nachmittagsbetreuung

Ohne den üblichen Hickhack bewiesen die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien Handlungsfähigkeit, die Fraktionsvorsitzenden sagten dem Verwaltungsrat die Übernahme der Zusatzkosten für die fehlenden Plätze zu. In der Sitzung am 28. August soll dies auch formell beschlossen werden.

Fazit: Hier wurde im Interesse von jungen Familien und Alleinerziehenden fix und unbürokratisch geholfen.

weiter geht's auf Seite 2

Durch den massiven Einsatz der CDU konnten so alleine seit 2012 Zuschüsse für folgende Maßnahmen erfolgen:

- ✘ Umbau der Kita für die U3-Versorgung
- ✘ Erhöhung der U3 – Plätze
- ✘ eine dritte Betreuungsgruppe
- ✘ ein höherer Stellen-schlüssel als in städtischen Kitas
- ✘ die Verdopplung der Mittagsbetreuung
- ✘ zudem wurde in Reichelsheim eine U2-Gruppe eingerichtet

Spende für die Kita

Bei der KIFÖG-Veranstaltung mit Landtagspräsident Norbert Kartmann hatten wir versprochen, den Erlös des Abends der Kita zur Verfügung zu stellen. Die CDU hat Wort gehalten: 150 Euro wurden nun Leiterin Karin Reckow übergeben.

Trick am Rande:

Die restlichen Getränke hatten wir einfach versteigert, damit kam ein halbwegs akzeptabler Betrag für Spielmaterial zusammen.

Still ruht der See !

Der Bergwerksee: ein Trauerspiel von SPD und Grünen in vielen Akten. Erst wird die Entwicklung und damit auch die 2012 unter Beteiligung der Bürger formulierten Vorschläge der CDU im Ausschuss auf die lange Bank geschoben. Dann ein Beschluss gefasst, der den Badebetrieb zum 1. Juli 2013 erlaubt. Mangels erwiesener Nichtumsetzbarkeit wird dies dann um ein Jahr vertagt.

Im Februar legt Bürgermeister Bischofsberger Widerspruch gegen den Beschluss von Rot / Grün ein. Dabei ging es in erster Linie um den einzubringenden Erdaushub. Entsorgungskosten: 140.000 Euro. Wo das Geld herkommen soll? Wir wissen's nicht.



Und was passiert jetzt ? Nichts !

Fazit: Das CDU-Konzept wird mangels Mehrheit nicht weiterverfolgt, der SPD / Grüne - Antrag ist durch den Widerspruch auf Eis gelegt.

Wie einfach wäre es doch für beide Fraktionen gewesen, bereits in der März-Sitzung ihre Ideen zu modifizieren oder den eigenen Beschluss zu bestätigen. Der Widerspruch des Bürgermeisters wäre hinfällig. Doch was machen beide ? Nichts ! Ein weiteres halbes Jahr ohne Fortschritt. Stattdessen regiert das bekannte Chaos:

- **Verkehrschao**s mangels Parkflächen mit Behinderungen für Anwohner und Landwirtschaft.
- **Abfall, Dreck und keine Toiletten:** der Bauhof entsorgt allein zweimal wöchentlich Unrat und Fäkalien. Auf Steuerzahlers Kosten.

Wir haben nunmehr den Stadtverordnetenvorsteher aufgefordert, über den SPD / Grünen Antrag in der Stadtverordnetensitzung am 28. August erneut abzustimmen. **Die Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, wie es weiter geht. So wie jetzt jedenfalls nicht !**

Prioritäten setzen: Bahn frei auf der Datenautobahn

Das Internet ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Hinter Begriffen wie Cloud Computing, Smart Grids oder E-Health verbirgt sich eine Dynamik, die unsere Gesellschaft nachhaltig verändert.

Leider bekommt der ländliche Bereich von dieser Entwicklung nur wenig mit, die Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land driften immer weiter auseinander. Seit kurzem ist immerhin und nach Intervention durch die CDU die bereits 2010 zugesagte funktionsgebundene Lösung von 16 Kilobit/s verfügbar.



Toll ? Nein, mittlerweile erhalten Sie Verbindungsdaten von 50 kb/s und mehr, während sich Dorn-Assenheim und Co. auf dem Level von Kuba oder Nordkorea bewegen. Klingt amüsant, ist aber Fakt.

Landesweite Anbieter investieren die erforderlichen Mittel nicht in eine teure Infrastruktur auf dem Lande. Und der Vertrag mit OR-Network, der eine kabelgebundene Lösung bei einer gewissen Kundenanzahl vorsieht, kommt in absehbarer Zeit nicht zum tragen – mangels der gewissen Kundenzahl. Es ist daher höchste Zeit, nicht nur auf Bundes- und Landesebene die Internetversorgung als essentiellen Teil der Daseinsvorsorge zu begreifen. Dies muss auch auf kommunaler Ebene geschehen.

CDU, SPD, FDP und FW haben daher Ende Juli in der Zweckverbandsversammlung der OVAG den hoffentlich großen Wurf beschlossen. Hiernach soll die OVAG mit den Kommunen ein eigenes Glasfasernetz errichten.

Ob die OVAG dabei ein Netz betreibt oder sich eines strategischen Partners bedient, sei dahingestellt. Tatsache wird aber auch sein, dass ungeachtet aller Zuschüsse die Stadt wohl Gelder in die Hand nehmen muss.

Für die CDU ist eine Angleichung der Versorgung von Stadt und Land unabdingbar, wollen wir und unser Gewerbe nicht einem kontinuierlichen Standortnachteil ausgesetzt sein. Doch wie geht es weiter ? Viele Fragen sind offen, konkrete Auskünfte nicht vor Herbst zu erwarten.

Die CDU-Fraktion wird daher in der Stadtverordnetenversammlung Ende September dem Magistrat einen detaillierten Fragenkatalog vorlegen, der Auskunft über die künftigen Möglichkeiten und zu lösende Fragen der Internetversorgung gibt. Für uns ist dies ein Schwerpunktthema der laufenden Legislaturperiode, über dessen Fortgang wir Sie hier und anderweitig informieren. **Wir bleiben am Ball !**

Das CDU-Info finden Sie unter:

www.holger-and-more.com

Fragen, Wünsche, Anregungen:

Holger Hachenburger,

Tel. 069 7124 4442, E-Mail:

holger.hachenburger@me.com

Mail statt Papier: Sie wünschen unser Info lieber per Mail statt im Briefkasten? E-Mail an obige Adresse genügt.

Bitte beachten Sie, dass Flyer zur Bundes- und Landtagswahl nicht verteilt werden, sofern Werbung unerwünscht ist. Versehen bitten wir zu entschuldigen.